Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Laden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Städt. Sparkassenamt, Dresden, Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden, Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückvergütung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Licht", außerdem „Volk und Zeit" monatlich 1.96 M., ausgeblitzt 45 Pf. Zustellgebühr. Postbezug 1.96 M. zuzügl. Post- u. Zustellgebühr. 84 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Meißnerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Meißnerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12702. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: für 30 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., für 90 mm breite Reklamezeile 3.00 M., für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 2.50 M., Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 4 Proz. Rabatt. Für Briefnieder. 10 Pf. Einzelnummer 10 Pf.

Nr. 88 | Dresden, Montag, den 14. April 1930 | 41. Jahrgang

Eine Mehrheit für Brüning

Die ersten Abstimmungen in der heutigen Reichstagssitzung
Die Verkoppelung von Agrar- und Deckungsvorlagen angenommen

Die reaktionärste Regierung

Mit den Großagrariern gegen die Arbeiterschaft

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben:

Am Montag fällt die letzte Entscheidung über das Schicksal der Regierung Brüning und ihre Vorlagen. Die [illegible]ve und schwankende Mehrheit aus der zweiten Lesung [illegible] heute in der dritten und endgültigen [illegible]ung gehalten werden. Der Kampf ist noch nicht aus! Sonnabend haben 68 Abgeordnete nicht an der Abstimmung teilgenommen — von dieser Fraktion der Abwesenden hängt heute die Entscheidung ab. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat alle ihre Mitglieder dringend ersucht, [illegible] zur Stelle zu sein — das gleiche aber haben die Regierungsparteien getan. Noch einmal müssen sich die Anhänger des Herrn Brüning dieser Nervenprobe unterwerfen.

Aber wenn die Regierung Brüning eine knappe Mehrheit behauptet — was hat sie gewo..nen? Sie wird nicht zur Ruhe kommen; denn ihre Vorlagen bedeuten eine ungeheure Belastung des Volkes, daß die Regierung unfehlbar berannt werden wird — bis zu ihrem Sturze. Die Verwendung der Agrarermächtigungen, die Rückwirkung der Erhöhungen auf die gesamte Handelsvertragspolitik, der [illegible]mende Kampf um die Osthilfe und die Arbeitslosenversicherung — alles Gefahrenpunkte, zumal für eine Regierung, die aus Splittern und Grüppchen besteht, bei denen ein gut [illegible]ogoistischer Sonderinteressen und demagogischer Forderungen über den Staatsnotwendigkeiten steht. So oder so: [illegible]ser Regierung ist kein langes Leben beschieden!

*

Die Sitzung, die dieses Reichstags letzte sein konnte, [illegible]n am Sonnabend kurz nach Mittag unter ungeheurer [illegible]nung der Abgeordneten und Journalisten. Um wieder [illegible]al zu zeigen, daß sie hinter den Ereignissen herhinken, [illegible] die Kommunisten zur Geschäftsordnung einen Mißtrauensantrag einbringen. Niemand beachtete ihn, [illegible]and hörte ihrem Redner zu. Die Abgeordneten richteten [illegible] Blicke auf den Kanzler, der sich nach dem kleinen kom[illegible]itischen Zwischenspiel sofort erhob, um die angekündigte [illegible]rung vorzulesen: Entweder Annahme des Antrages der [illegible]rungsparteien, der Finanz- und Agrarvorlagen miteinander verbindet, oder die Reichsregierung wird auf anderen [illegible] die Finanzen, die Landwirtschaft, das Vaterland [illegible]. Brüning liebt unklare Wendungen. Er sprach weder [illegible]fort Auflösung noch die Drohung mit dem Artikel 48 [illegible]. Man weiß aber zur Genüge, daß dies seine „anderen [illegible]" sind.

Der sozialdemokratische Fraktionsführer Breitscheid [illegible]rtete ihm sofort. Er verlangte die unverzügliche Ent[illegible]ung. Nach 14tägiger Regierungskunst stehe das Kabinett [illegible]ing vor seinem moralischen Bankrott. Harte [illegible] rief Breitscheid zu den Mittelparteien hinab. Das sei [illegible]er, kaum noch ein Parlament. Es sei ein Haus mit [illegible]ergeschäften wie eine Börse. Noch im Glauben, daß [illegible]eutschnationalen fest bleiben würden, gab Breit[illegible]d Parolen zum Wahlkampfe aus. Die [illegible]emokratische Fraktion applaudierte stürmisch. In dem [illegible]langen Beifall gingen die Gegenkundgebungen der [illegible]munisten unter.

Dann stieg würdevoll der Zentrumsabgeordnete Esser [illegible]ie Tribüne, um unter allgemeiner Verwunderung zu [illegible]en, daß das Zentrum mit dem Namen Brüning in die [illegible]chlacht ziehen werde zur Rettung des Vaterlandes. Der [illegible]munist Torgler tobte einige Minuten gegen die [illegible]ldemokratie. Herr Stöhr von den Nationalsozialisten [illegible] sich ihm in jedem Wort an. Sie lieben vereint, und sie [illegible] vereint: sie haben alle nur einen Feind: die Partei der [illegible]en Arbeiter, die Sozialdemokratie.

Gleichlaut sprach der Demokratenführer Koch. Würde [illegible]h einem Wahlkampf noch irgendwen zu führen haben? [illegible]ichte immerhin in dieser Schicksalsstunde das Bekennt[illegible]nis nicht nur rechts von seiner Partei, sondern auch in [illegible]nen seit langem Bestrebungen gewachsen seien, ohne die [illegible]ldemokratie zu regieren. Der volksparteiliche Häupt[illegible]r Dr. Scholz ist in dem Augenblick, wo die Verant[illegible]ng vor den Wählern auf Minutennähe nahegerückt

wtb. Berlin, 14. April. (Eig. Drahtb.)

Zum Gesetz über die Zolländerung, das die Mineralölzölle und das Agrarprogramm enthält, werden zunächst verschiedene sozialdemokratische und kommunistische Abänderungsanträge abgelehnt. Die Mineralölzölle und die ersten Artikel des Agrarprogramms werden in einfacher Abstimmung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten, der Nationalsozialisten und bei einigen Artikeln auch gegen einen Teil der Deutschnationalen angenommen, darunter auch die sogenannte Junctim-Bestimmung, wonach die Agrarvorlage nur in Kraft treten kann, wenn auch sämtliche Deckungsvorlagen angenommen sind.

*

Nach dieser Abstimmung ist anzunehmen, daß die Regierung **gerettet ist und die Reichstagsauflösung vermieden wird,** da ja vermutlich auch bei den übrigen Abstimmungen **sich eine Mehrheit für die Regierung ergeben wird.**

---

scheint, auch recht vorsichtig geworden. Er will es weder mit der Linken noch mit der Rechten verderben.

*

Die Deutschnationalen saßen unterdessen wie geprügelte Kinder da. Wiederholt wurde nach Hugenberg gerufen. Er schwieg. Statt dessen ging Hergt in die Front. Er versuchte im letzten Augenblick eine Brücke zur Regierung. Das Ostprogramm solle durch Verbindung eines Antrags mit der Biersteuer gesichert werden. Brausendes Gelächter auf der Linken. Der Reichsfinanzminister Moldenhauer erwiderte auf die Offerte verbindlich und freibleibend wie ein Geschäftsmann, der in seinem Stand auf der Messe handelt.

Der christlichnationale Bauer Döbrich stritt sich noch ein wenig mit den Nationalsozialisten herum, wer nun eigentlich in Deutschland zur allernationalsten Richtung gehöre. Kurz vorher hatte die wundervolle „Arbeiterpartei" der Nationalsozialisten erklären lassen, **daß sie auch die höchsten Zölle für ihren Protektor Hugenberg bewilligen werde.**

Kurz nach 1 Uhr begann die Abstimmung. Um 1.18 Uhr war sie geschlossen. Das Haus fieberte. Hunderte Blicke wandten sich nach rechts. Man sah, daß Hugenberg und einige Getreue die rote Nein-Karte hochhielten. Bald aber zeigte sich, **daß die große Mehrheit dieser Fraktion von Kraut und Rüben ihrem Führer nicht mehr folgte.** Die weißen Karten überwogen. Auch einige Nationalsozialisten gaben weiße Ja-Karten ab. Eifrig zählte das Büro. Ein Glockenzeichen: 424 Abgeordnete haben abgestimmt, einer hat sich enthalten, 206 Stimmen mit Nein, 217 Stimmen mit Ja. Der Antrag der Regierungsparteien ist angenommen. Pfui-Rufe bei den Kommunisten. Dann leerte sich rasch der Sitzungssaal. Unter nur recht geringer Aufmerksamkeit wurden 10 Minuten später die sachlichen Verhandlungen fortgesetzt.

Es haben also fast 70 Abgeordnete bei der entscheidenden Abstimmung gefehlt. Darunter befinden sich 25 Sozialdemokraten. Diese verhältnismäßig hohe Zahl erklärt sich, abgesehen **von den 10 wegen Krankheit Beurlaubten,** daraus, daß eine Anzahl Abgeordnete Verpflichtungen im Lande übernommen hatte, weil noch bis Freitag nachmittag niemand voraussehen konnte, daß am Sonnabend die entscheidenden Abstimmungen stattfinden würden und sie deshalb nicht rechtzeitig nach Berlin zurückkehren konnten. Von den Regierungsparteien waren 22 Abgeordnete nicht anwesend, von den Deutschnationalen 9 und von den Kommunisten 7.

Eine Zufallsmehrheit hat die Regierung gerettet. Eine Zufallsmehrheit, die schon am Montag zu einer Minderheit werden kann. Das eine ist jedenfalls sicher, **daß mindestens die Hälfte des gegenwärtigen Reichstags gegen die Regierung Brüning steht,** ihre Politik und ihre politischen Methoden verwirft und bekämpft. Angesichts dieser parlamentarischen Situation gehört schon ein großes Stück Phantasie und Demagogie dazu, von einem „Sieg" der Regierung Brüning zu reden. Die Regierung Brüning hat nicht „gesiegt", gesiegt hat die Angst der Rechten vor Neuwahlen, und dieser Sieg wurde schließlich Herrn Brüning zum Retter. Aber noch ist nicht aller Tage Abend.

Millionenraub an den Kriegsopfern

Von E. Roßmann, M. d. R.

Den Kriegsopfern droht nach der Ausschiffung der sozialdemokratischen Minister aus der Reichsregierung eine große Gefahr. Der rücksichtslose Stoß des Kapitalismus gegen die Sozialpolitik der Republik war in dem Ringen um die Arbeitslosenversicherung am sichtbarsten. Die nicht minder raffinierten Aushöhlungs- und Abbauversuche, die gegen die Sozialversicherung, die Krankenkassen und die Wohlfahrtspflege unternommen wurden, traten gegenüber der alles überragenden Bedeutung des Arbeitslosenproblems etwas in den Schatten. Das trifft auch auf die Kriegsopferversorgung zu, die von den kapitalistischen Parteien lange Zeit aus einer Art nationalen Schamgefühls heraus wie heißes Eisen gemieden wurde. Seit etwa einem Jahre ist aber auch hierin eine auffallende Aenderung eingetreten. Die rund 1½ Milliarden Mark — 38 Prozent aller unmittelbaren Reichsausgaben —, die diese üble Erbschaft der Monarchie alljährlich verschlingt, sind bürgerlichen Sanierungsräten und Steuersenkungspropheten schon lange ein Dorn im Auge. Allmählich wurde gegen die Kriegsopferversorgung ein heimtückischer Feldzug organisiert, dessen Hauptquartier in einflußreichen Kreisen der Industrie und des Reichsfinanzministeriums seinen Sitz hat. Mit besonderer Hingabe hat sich die liberale und die demokratische Presse für diese edle Aufgabe zur Verfügung gestellt. Die neueste Attacke kommt vom Hansa-Bund, dessen Denkschrift von dem demokratischen Reichstagsabgeordneten Fischer unterschrieben ist. Daß die Sachkenntnis bei allen Angriffen auf die Reichsversorgung stiefmütterlich wegkommt, stört die Leute nicht sonderlich. Die Hauptsache ist, Stimmung gegen die unbequemen 1 500 Millionen Mark zu erzeugen. Sachkenntnis steht diesem Ziel nur lästig im Wege.

Nebenher ging ein stilles, zähes, nach außen kaum beobachtetes Ringen im Kabinett und in den interfraktionellen Besprechungen der Regierungsparteien. Dort wurde bewußt der Etat gedrückt, um einen Leistungsabbau zu erzwingen. Auf Drängen der Volkspartei kürzte man die Kapitalabfindung um 25 Millionen Mark und zwang das Reichsarbeitsministerium, 12 Millionen Mark des Restes dieser Position zu anderen Zwecken zu verwenden. Der Reichsarbeitsminister Wissell wehrte sich verzweifelt gegen Zumutungen, die er mit seinem Gewissen nicht decken konnte. Aber der See raste und wollte seine Opfer haben. Um Schlimmeres zu verhüten, gab er in einer richtigen taktischen Erkenntnis einige Positionen auf, aus denen die Kritik besondere Nahrung zog. Die Nachuntersuchungen wurden wieder angeordnet, langfristige Nachzahlungen abgekürzt, soweit sie nicht auf Rechtsansprüchen beruhten, die Kapitalabfindungsmittel gestreckt und eine Revision der Fristen im Benehmen mit den Organisationen erwogen.

Nun ist die Ausschiffung der Sozialdemokratie aus der Regierung gelungen. Nicht erreicht ist freilich das heißersehnte Ziel ihrer Diskreditierung bei den Massen. Diese werden früher als ihnen lieb ist, empfinden, **daß mit der Sozialdemokratie der den bürgerlichen Parteien**

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19300414/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG